

Wilmsdors Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

Die Wilmsdorscher Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern mit einer Magistratsvorlage zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Stadto. Professor Dr. van der Borcht: Wenn die Maßnahmen, die in Beihilfen für die Einrichtung von Wohnungen in Läden, anderen gewerblichen oder sonst verfügbaren Räumen in Höhe von 100 000 M. bestehen, vorerst nur geringfügig sind, so müsse man doch vorher wissen, in welcher Weise die Staatsregierung ihrerseits entgegenzukommen beabsichtigt. Die Hausbesitzer seien bereits aufgefordert worden, freiwillig Wohnungen in der gedachten Weise einzurichten. Die Beihilfen werden in der Regel in der Höhe der halben Baukosten gewährt werden. Stadto. Lüdemann (Soz.) bezweifelte den Erfolg freiwilliger Maßnahmen und empfahl im Falle des Versagens mit Zwangsmahregeln vorzugehen. Die Stadt müsse sich aber mit weitergehenden Plänen sofort befassen; Baupläne müßten aufgestellt, Gelände erschlossen, Baugesellschaften gegründet und die Geldbeschaffung geregelt werden. Bürgermeister Peters erklärte: Der Staatskommissar für Wohnungswesen müsse dringend ersucht werden, endlich die Maßnahmen mitzuteilen, die das Reich auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu treffen beabsichtigt und welche Unterstützungen den Gemeinden zur Bekämpfung der Wohnungsnot zuteil würden. Wenn der Wohnungsverband Groß-Berlin scheitern werde, sei Wilmsdors genötigt, mit aller Schleunigkeit selbständig vorzugehen. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit der Annahme der Vorlage einverstanden und überwies eine Eingabe des Wirtschaftsbundes des Baugewerbes in Groß-Berlin betr. die Beseitigung des Wohnungsmangels der Deputation für Wohnungswesen.

Wie Vorleser Präsident Koch zur Kenntnis gab, ist von sämtlichen Fraktionen folgender Antrag zur Beschlußfassung in der nächsten Sitzung gestellt worden.

„Die Versammlung wolle beschließen, um den handarbeitenden Schichten unserer Bevölkerung schon bei Gelegenheit der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen die Möglichkeit stärkerer Mitarbeit als bisher an der kommunalen Verwaltung zu geben, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung schleunigst ein Ortsstatut vorzulegen, durch das die Zahl der Stadtverordneten um sechs Mandate vermehrt wird.“

Oberbürgermeister Habermann erklärte namens des Magistrats, daß ein derartiges Ortsstatut unverzüglich zur Beschlußfassung vorgelegt werde. — (Wilmsdors will als erste Gemeinde in Groß-Berlin der heutigen politischen Strömung Rechnung tragen und wird den Sozialdemokraten je zwei Mandate in den drei Wählerklassen zur Verfügung stellen.) — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Magistratsvorlage wegen Ausnahme eines Darlehens von 14,5 Millionen Mark zum Erwerbe der auf Wilmsdors entfallenden Aktien der Deutschen Gasgesellschaft dem Rechnungsausschuß überwiesen.